

Die Lage in Togo

Menschenrechte, Justizsystem und Sicherheit

Farida Traoré

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spencenkonto
PC 30-1085-7

9. April 2008




Angaben zur Autorin:

Farida Traoré ist 1974 in Lomé geboren. Nach der Grundschule und dem Besuch des Gymnasiums studierte sie Englisch und Deutsch an der Université du Benin (in Lomé – Togo). Nach ihrem Studium in Togo kam sie 1998 zum Studium der Soziologie nach Deutschland. 2004 schloss sie ihr Studium der Soziologie ab und arbeitet seitdem als Beraterin und Afrika-Spezialistin.

Farida Traoré gehörte sowohl als Schülerin als auch als Studentin verschiedenen Bewegungen zum Kampf für die Demokratisierung Togos an. Sie gehört keiner politischen Partei an, auch wenn sie mit den Oppositionsparteien sympathisiert.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@osar.ch
Internet: www.osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTORIN

Farida Traoré

ÜBERSETZUNG

Shérif W. Korodowou, www.buero-korodowou.de


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 20.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2008  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	1
2	Die sozio-politische Lage	3
3	Die Sicherheitsprobleme in Togo	6
4	Das Justizsystem in Togo.....	8
5	Die Menschenrechtslage in Togo	11
5.1	Zivile Rechte und der Respekt für das Individuum und die menschliche Integrität	12
5.2	Die Meinungs- und Pressefreiheit	13
5.3	Freier Zugang zum Internet	13
5.4	Versammlungsfreiheit.....	14
5.5	Die Religionsfreiheit.....	14
5.6	Die Gewährung der politischen Rechte: Das Recht der Bürger auf eine friedliche Veränderung ihrer Regierung	14
5.7	Das Recht auf Justiz	15
5.8	Die Frauenrechte	16
6	Quellenangaben	17
7	Weiterführende Quellen	18

1 Einführung

Benötigen Sie Informationen über die Republik Togo? Interessieren Sie sich für die jüngsten Ereignisse in diesem Land seit September 2005 bis jetzt? Dieser Artikel gibt Ihnen Informationen über die neuen sozio-politischen Entwicklungen, über die Menschenrechtssituation, über das Justizsystem und die Sicherheitslage. Die Analyse betrifft die Zeitspanne vom September 2005 bis heute.

Aber bevor wir auf die oben genannten Themen eingehen, ist es zunächst notwendig, das Land Togo allgemein darzustellen.

Das kleine westafrikanische Land Togo mit einer Oberfläche von 56'600 km² liegt am Golf von Guinea und grenzt an Ghana im Westen, Benin im Osten und Burkina Faso im Norden. Wirtschaftlich gesehen erlebte Togo in den 1970er- und 1980er-Jahren eine Periode des Wohlstandes, nicht nur wegen des rentablen Anbaus von Lebensmitteln und anderen Produkten (Kaffee, Kakao, Palmöl), sondern vor allem wegen des Booms von Phosphat und Baumwolle, zweier Exportprodukte, die Togo die Sanierung seiner Staatskasse ermöglichten. Kurz darauf hat sich jedoch die Lage geändert. Die Produktion und der Preis des Phosphates sind gesunken, während im Rahmen des Entwicklungsplans¹ bereits Projekte geplant und durchgeführt wurden, deren Finanzierung das vorhandene Budget exorbitant sprengte.

Anfang der 1990er-Jahre erlebte Togo soziale und politische Unruhen. Die wichtigen finanziellen Partner Togos wie die Europäische Union, die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben ihre Kooperation aufgrund eines Demokratiedefizits in Togo aufgekündigt. Diese Massnahme führte Togo in den wirtschaftlichen Abgrund. Der Staat, aber vor allem der informelle Sektor mit 90 % der Beschäftigten in der arbeitsfähigen Bevölkerung, wurde ernsthaft getroffen.

Geschichtlich betrachtet wurde Togo von Deutschland von 1884 bis 1914 kolonisiert. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Togo eine Oberfläche von 90'500 km². Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Ostteil der Kolonie (ca. 2/3) an Frankreich (Französisch-Togoland), der Westteil an Grossbritannien (Britisch-Togoland) als Völkerbundsmandat übergeben, (faktisch aber von der Goldküste aus verwaltet).

Im Jahr 1956 wurde Britisch-Togoland in die Goldküste, die ein Jahr später als Ghana von Grossbritannien unabhängig wurde, eingegliedert. Der Rest (2/3), die Oberfläche des heutigen Togo, erlangte am 27. April 1960 die Unabhängigkeit von Frankreich.²

Sylvanus Olympio, der damalige Präsident der Partei CUT (franz. Abk. für Comité de l'Unité Togolaise)³, der Unabhängigkeitspartei mit der Mehrheit im Parlament, wurde zum Präsidenten der unabhängigen Republik Togo erklärt. Während seiner Amtszeit blieb seine Beziehung zu Frankreich sehr gespannt.

¹ Der dritte soziale und wirtschaftliche Entwicklungsplan (1975–1980).

² http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Togos.

³ Comité de l'Unité Togolaise lässt sich mit Komitee für die Einheit Togos übersetzen, Anm. d. Übers.

Als Sylvanus Olympio 1963 die Wiederaufnahme einer Hand voll von der französischen Armee vertriebener Soldaten in die togoische Armee ablehnte, wurde er von diesen im selben Jahr ermordet. Diese Soldaten kämpften im Algerienkrieg auf der französischen Seite. Anführer dieser vorwiegend aus der Ethnie Kabyè stammenden Truppe war Eyadema Gnassingbé.

Nachdem Eyadema Gnassingbé vier Jahre lang die Macht den Zivilisten überliess, übernahm er wieder «provisorisch» die Macht am 13. Januar 1967, um nach eigenen Worten die Ordnung im Land wiederherzustellen.

Eyadema Gnassingbé blieb jedoch bis zu seinem plötzlichen Tod am 5. Februar 2005 an der Macht.

Die Periode nach dem Tod des Generals Eyadema Gnassingbé, in der sein Sohn Faure Gnassingbé das Land regiert, wird in diesem Artikel in oben genannten Bereichen analysiert.

Wie funktioniert heute das Sicherheits- und Justizsystem in Togo, nachdem Faure Gnassingbé zwei Jahre an der Macht ist? Hat sich die Menschenrechtslage, der sensibelste Punkt und das grosse Manko des Eyadema Regimes, verändert? Auf diese Fragen wird ausführlich in diesem Update eingegangen.

Zunächst gehe ich im ersten Kapitel meiner Analyse auf die sozio-politische Lage Togos ein.

Verschiedene Artikel und Berichte über Togo, die in unterschiedlichen Zeitungen und Internetseiten von internationalen Regierungs- oder Nichtregierungsorganisationen und von diplomatischen Vertretungen in Togo veröffentlicht wurden, dienten als interessante Quellen für dieses Update.

Persönliche Erfahrungen und der Austausch mit vertrauenswürdigen Kennern Togos haben auch in diesem Bericht ein besonderes Gewicht.

2 Die sozio-politische Lage

Seit mehr als 40 Jahren haben die Politiker in Togo eine absurde Politik betrieben. Dabei haben sie dem Volk eine so genannte «Wahrheit» aufgezwungen, die die Fakten verdreht. Daraufhin sind in Togo Lügen und Misstrauen zu den am weitesten verbreiteten «Werten» geworden.

«Der Staat, der alles für sich beanspruchte, ist unfähig seine Finanzen, seine Beamten, seine Schulen, seine Krankenhäuser, sein Justizsystem und seine Solidaritätspolitik zu verwalten. Die Gesellschaft ist verschwunden und Togo ist die Hochburg des zivilen und steuerlichen Ungehorsames geworden. Togo ist eines der ‚faulsten‘ Länder geworden, in dem jeder denkt, ‚Arbeiten heisst, die Machthaber finanziell zu unterstützen, ohne selber davon zu profitieren‘.»⁴

General Eyadema starb plötzlich am 5. Februar 2005. Die Machtübernahme von Faure Gnassingbé dürfte nicht nur einen Wendepunkt darstellen, sondern eine entscheidende Etappe einläuten.

Die Ablehnung des Eyadema Regimes ist so sehr auf ihrem Höhepunkt angelangt, dass niemand sich diesmal vorstellen konnte, dass die Macht nochmals einem anderen Gnassingbé zufallen würde.

Mittlerweile wird Togo seit zwei Jahren von Präsident Faure Gnassingbé regiert, der seinen Vater infolge der Wahlen von April 2005 ablöste. Diese Wahlen verliefen sehr gewalttätig und verursachten Hunderte von Toten in diesem kleinen westafrikanischen Land mit ca. fünf Millionen Einwohnern.

Durch ein Blutbad an die Macht gelangt, wie der zur Zeit in Frankreich im Exil lebende ehemalige Innenminister Esso Boko⁵ stets betont, hat Faure Gnassingbé eine Politik der nationalen Einheit und der Versöhnung unternommen.

Die Präsidentschaftswahlen vom 24. April 2005 werden als eines der gewalttätigsten Ereignisse in der Geschichte Togos bezeichnet.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse, die Faure Gnassingbé zum Sieger erklärten, gingen gewaltige Menschenmassen auf die Strassen der Grossstädte, um gegen die Wahlergebnisse zu protestieren. Es handelte sich überwiegend um Anhänger der UFC (Union des Forces du Changement), der Union der Kräfte für die Veränderung, einer der so genannten radikalen Oppositionsparteien.

Es kam zu tödlichen Ausschreitungen zwischen ihnen und dem togoischen Militär FAT (FAT steht für Forces Armées Togolaises, Anm. d. Übers.). Dabei sind laut Bericht der UNO 500 Menschen und dem Bericht der Ligue Togolaise des Droits de

⁴ Siehe Togoforum Nr. 575 vom 6. November 2006.

⁵ Esso Boko plädierte für eine Verschiebung der Präsidentschaftswahlen, um somit ein Blutbad zu verhindern. Die Machtinhaber wiesen seinen Vorschlag energisch zurück. Boko dankte von seinem Posten als Innenminister zwei Tage vor den Wahlen ab und flüchtete aus Sicherheitsgründen in die deutsche Botschaft in Lomé und von dort aus nach Frankreich weiter, wo er bis jetzt noch lebt.

l'homme (des togoischen Verbands für Menschenrechte) zufolge 800 Menschen ums Leben gekommen. Dazu gab es Tausende von Verletzten. Der togoische Staat gab ca. 100 Tote an.

Wohl oder übel hat sich Faure Gnassingbé im Präsidentenamt etabliert. Da der junge Präsident entschlossen war, dem Regierungssystem in Togo ein neues Gesicht zu verleihen, unternahm er auf verschiedenen Ebenen Reformen.

Er ernannte einen Politiker der Opposition zum Premierminister – eine Folge der Globalen Politischen Vereinbarung (siehe unten), die von allen togoischen politischen Parteien sowie von zivilen Vertretern unterzeichnet wurde.

Unter Faure Gnassingbé sind Begegnungen zwischen einem Gnassingbé und Gilchrist Olympio⁶ möglich geworden.

Das Regime von Faure Gnassingbé hat auch die 22 Vereinbarungen mit der Europäischen Union unterzeichnet, über die bereits mit dem Regime seines Vaters vor dessen Tod verhandelt wurde. Dies führte zum Abschluss des «Accord Politique Globale» (der «Globalen Politischen Vereinbarung») unter der Leitung von Blaise Compaoré, Mediator in der sozio-politischen Krise und Präsident von Burkina Faso.

Togo hat des Weiteren ein anspruchsvolles Fünfjahresprogramm (2005–2010) für die Modernisierung seines Justizwesens im Wert von 15 Millionen Euro entwickelt. Damit soll ein Reformprozess in Gang gesetzt werden, der unter anderem Sicherheit im Rechts- und Gerichtswesen bezweckt.

Wie weit ist Faure mit den begonnenen Reformen gekommen? Nicht nur die Oppositionspartei UFC wird von Faure Gnassingbé als Blockade empfunden. Noch mehr Sorgen bereiten ihm die Würdenträger des Regimes und Anhänger der Regierungspartei. Gerade diese Menschen haben ihm mit der Unterstützung des Militärs den höchsten Posten des Staates verschafft.

Es ist heutzutage bekannt, dass die Regierungspartei hauptsächlich in zwei Tendenzen gespalten ist, einerseits die Befürworter der Reformpolitik Faure Gnassingbés, andererseits die Konservativen, die von Faures Halbbruder Kpatcha repräsentiert werden.

So hat Cheick Yerim Seck, Sonderberichterstatter in Lomé, in seinem in der Wochenzeitschrift «Jeune Afrique» vom 18. November 2007 erschienenen Artikel mit dem Titel «Togo, les frères ennemis» («Togo die verfeindeten Brüder»; Anm. d. Übers.) die Beziehung zwischen Faure und Kpatcha Gnassingbé als extrem gespannt bezeichnet.

Da beide sehr wichtige Posten an der Spitze des Staates inne haben, fragt man sich, wie diese Krise ausgeht, die auch von den Staatschefs von Gabun und Burkina Faso nicht entschärft werden konnte.

⁶ Gilchrist Olympio ist der Sohn des ersten Präsidenten von Togo. Dieser wurde am 13. Januar von einer Gruppe von Militärs unter Anführung des Eyadema Gnassingbé (damals noch Unteroffizier Etienne Gnassingbé) ermordet. Eyadema Gnassingbé, Vater des aktuellen Präsidenten Faure Gnassingbé, regierte Togo bis 2005 und lehnte jedes Treffen mit Gilchrist Olympio ab.

Die aktuelle sozio-politische Lage Togos lässt nur schwer erahnen, wie dieses Land mittel- oder langfristig aussehen wird.

Zur Zeit braucht die Regierungspartei keine Unterstützung durch Militärkräfte mehr, um ihre Politik zu führen, da sie mit 50 der insgesamt 81 Abgeordneten im Parlament, einem Premierminister aus den eigenen Reihen und einem Verfassungsgericht, hauptsächlich bestehend aus Mitgliedern der RPT (RPT steht für Rassemblement du Peuple Togolais, Zusammenschluss des Togoischen Volkes, Anm. d. Übers.), mehr als gut vertreten ist.

Selbst die UFC mit 27 Sitzen als zweite politische bzw. parlamentarische Kraft des Landes kann keine wirkliche Gefahr für die Politik der RPT darstellen. Nur die RPT kann entscheiden, ob sie eine Entwicklung zu mehr Demokratie in Togo bewirken will oder nicht.

Berechtigterweise lässt sich die Frage stellen: Wo kann Veränderung entstehen mit einem Staatspräsidenten und einem Premierminister der RPT, mit einem Parlament von mehr als 60 % RPT-Vertretern, einem hauptsächlich aus RPT-Anhängern bestehenden Verfassungsgericht?

Auch zwingt Faure Gnassingbé seit der totalen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Togo und der Europäischen Union, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds niemand mehr, die Verantwortlichen der tödlichen Gewaltverbrechen während der Präsidentschaftswahlen vom April 2005 zu verfolgen – eine Tatsache, die in verschiedenen Berichten klar benannt wurde.⁷

Die Parlamentswahlen vom Oktober 2007, die von der internationalen Gemeinschaft als fair und transparent eingestuft wurden und den Togoern eine kleine Hoffnung bringen sollten, sind von der Bevölkerung anschliessend gegensätzlich beurteilt worden. In der Tat sind die Togoer in diesen Wahlen massiv betrogen worden. Die Ergebnisse spiegeln auf keinen Fall den Willen des togoischen Volkes wider, welches mehrheitlich die Diktatur der Gnassingbés beenden wollte. Dies würde auch erklären, warum sich die meisten Togoer laut UNO bei der nächsten Wahl in Togo nicht zur Wahl gehen würden.⁸

Selbst wenn sich Faure Gnassingbé aus Grosszügigkeit und Gefälligkeit für eine gewisse Veränderung entscheiden würde, wie könnte er sich gegenüber den Anhängern der bestehenden Ordnung in seiner Partei rechtfertigen, die ihn beim Erlangen des Präsidentenamtes unterstützt haben?

Ein wichtiger Aspekt dieses Artikels bleibt die Rolle der Zivilbevölkerung und der Nichtregierungsorganisationen (NGO's) in Bezug auf das politische Geschehen des Landes. Dabei werde ich auf die Wichtigkeit des informellen Sektors und dessen Verhältnis zum Staat, auf die Rolle des Einzelnen in der sozio-politischen Entwicklung seines Landes und seine Beziehung zum Staat bzw. zu der Regierung eingehen.

⁷ Amnesty International, Ligue Togolaise des Droits de l'homme, UNO.

⁸ Quelle: Büro des UNO-Kommissariats für Menschenrechte in Togo; Herausgabe: Agence de Presse Africaine (APA) vom 21. November 2007, Quelle: www.ufctogo.com/Risque-d-un-important-taux-d-1842.html.

In Afrika allgemein und besonders in Togo besteht eine grosse Distanz zwischen den Politikern und den Staatsbürgern.

Bezüglich der Partizipation der Zivilbevölkerung an politischen Prozessen gibt es nach wie vor viel zu tun.

In der Tat sind die Beziehungen zwischen den Politikern und den nicht staatlichen Akteuren, nämlich der Zivilbevölkerung, seit dem Ausbruch des Demokratisierungsprozesses angespannt geblieben.

Zwar sind die Befürworter der Regierungspartei anderer Meinung, jedoch bleibt die Frage, in welcher Weise und bei welcher Institution man sich als Togoer Gehör verschaffen kann, wenn man eine völlig andere Sichtweise auf die Geschehnisse bezüglich der Verwaltung des togoischen Staates hat?

Obwohl sich einige Verbesserungen feststellen lassen, was z. B. die Meinungs- und Versammlungsfreiheit angeht, begegnen sich Militär und Zivilbevölkerung immer noch unter sehr gespannten Bedingungen.

Dieses Verhältnis zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung stellt ein entscheidendes Problem in Togo dar, das Problem der Sicherheit, ein Thema, das ich im folgenden Kapitel erläutern werde.

3 Die Sicherheitsprobleme in Togo

Wenn man von der Sicherheit in Togo spricht, dann fallen einem drei Organe ein: Die Polizei, die Gendarmerie und das Militär. Aber für jeden, der in Togo aufgewachsen ist, macht das Verhältnis zwischen Militär und Zivilbevölkerung die Sicherheit bzw. die Unsicherheit aus.

In der Tat ist dieses Verhältnis, wie oben erwähnt, fast immer angespannt, gar konfliktgeladen gewesen.

Um die unausgeglichene Kräfteverhältnisse zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung in Togo erklären zu können, hilft ein kleiner geschichtlicher Abriss.

Um die Rolle der Armee in der sozio-politischen Lage von Togo zu verstehen, braucht man nur in die 1960er-Jahre zurückzublicken, genauer gesagt in das Jahr 1963, als eine Gruppe des Militärs unter der Führung von Eyadema Gnassingbé den ersten Präsidenten von Togo ermordete. Seitdem hat das Militär die politische Szene bis heute nicht mehr verlassen.

Eyadema Gnassingbé (damals Etienne Gnassingbé genannt) übernahm die Macht am 13. Januar 1967, nachdem er und seine Anhänger vier Jahre lang die Macht den Zivilisten überlassen hatten. Er ergriff erneut die Macht, um, nach eigenen Worten, «die Ordnung im Staat wieder einzuführen». Eyadema blieb bis 2005 an der Macht und verfügte über die notwendige Zeit, um eine der bestorganisierten Armeen in Afrika aufzubauen, welche er ganz nach seinen Vorstellungen schuf.

Nie war eine afrikanische Armee so stark auf eine Ethnie oder einen Stamm beschränkt worden wie die togoische Armee. General Eyadema hat die togoische Militärkraft, die FAT (Forces Armées Togolaises), hauptsächlich aus seiner eigenen Ethnie rekrutiert. Diese den Togoern bekannte Tatsache wurde mit Zahlenangaben während der Nationalen Konferenz von Juli bis August 1991 bestätigt, Angaben, die heute noch im Grossen und Ganzen gelten: Von den 13'000 Militärs, die die togoische Armee zählt, kommen 10'000 aus dem Norden und die übrigen 3000 aus dem Süden. Von den 10'000 aus dem Norden sind 7000 Kabyè (Ethnie von Eyadema, Anm. d. Übers.) und darunter 3000 aus Pya, dem Heimatdorf des Präsidenten Eyadema.

Analysiert man die Angaben von T. Apedoh-Amah während der Nationalkonferenz, vertreten allein die Kabyès 53,84 % der Militärkräfte, darunter 23 % aus Pya, obwohl die Kabyès insgesamt nur 10 bis 12 % der Bevölkerung ausmachen. Insgesamt 76 % der Militärkräfte sind dem Norden zuzuschreiben.⁹

Auch die Kontrolle über die togoische Militärkraft liegt fast ausschliesslich in den Händen der Kabyès. In der Tat stammen von den 300 Offizieren 50 aus dem Süden, während 250 aus dem Norden sind, darunter 200 Kabyès, von denen 50 allein dem Dorf Pya angehören.

Ausserdem ist von den 26 Befehlseinheiten, die die togoische Militärkraft ausmachen, keine einzige einem Menschen aus dem Süden anvertraut worden.

Von den 17 Einheiten unter Anführung der Kabyès werden 10 von Offizieren aus Pya geleitet, während die übrigen 7 den anderen ethnischen Gruppen aus dem Norden unterstehen.

Es ist daher selbstverständlich, dass man die Kabyès an der Spitze verschiedener Korps und Befehlseinheiten findet.

In seinem am 28. Dezember 2005 auf der Internetseite von «letogolais.com» veröffentlichten Artikel mit dem Titel «*Togo, les forces armées togolaises et les dispositifs de contrôle*» («Togo, die Militärkräfte und die Kontrollvorrichtungen») zieht Comi Toulabour nach seiner Analyse des Ausbaus dieser Armee den Schluss, dass Togo mit einer Verhältniszahl von einem Militär für 250–300 Einwohner das militarisierteste Land der Welt wäre. Die Zahl der Soldaten stieg von insgesamt ca. 300 in den 1960er-Jahren auf mehr als 13'000 Soldaten zurzeit.

Zu diesem Zweck waren seit der Machtübernahme Eyademas im Jahr 1967 die militärischen Ausgaben ständig erhöht worden.¹⁰

Diese allgegenwärtige und bemerkenswerte Präsenz des Militärs wirft die Frage nach der Rolle von Polizei und Gendarmerie in Togo auf.

Als ordentlicher Akteur in das politische Leben Togos integriert, hat das Militär die Rolle der Polizei und der Gendarmerie übernommen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Eine Leistung, die jeder vom Staat erwartet. Polizei und Gendarmerie sind also zu lediglich ergänzenden, sogar abwesenden Kräften in der Gewährleistung der

⁹ Quelle: www.letogolais.com.

¹⁰ Vgl. Comi Toulabour, Quelle: www.letogolais.com/article.html?nid=2370.

inneren Sicherheit geworden, ganz im Gegensatz zu der Rolle, die ihnen ursprünglich zugedacht war. Die Aufgabe beider Organe beschränkt sich auf das Ausstellen von Pässen, das Kontrollieren von Ausweisen sowie auf die Regelung des Strassenverkehrs.

Parallel zu der Armee entstand in den 1990er-Jahren sowohl ein Dutzend privater Gesellschaften mit Wach- und Sicherheitsleuten als auch paramilitärische Milizen: der Haut Conseils des Mouvements estudiantins (Oberrat der Studentenbewegung), die Ligue des étudiants et stagiaires du Togo (Togoischer Verband der Studenten und Praktikanten), die Union des étudiants et stagiaires du Togo (Union der Studenten von Togo) und die Fédération des étudiants et scolaires du Togo (Verband der Studierenden und SchülerInnen von Togo). Sie alle unterstützen das Militär, was zu mehr Unsicherheit und Toten in der Bevölkerung vor allem während den Wahlen geführt hat, wie verschiedene Berichte von vertrauenswürdigen Menschenrechtsorganisationen angaben.¹¹

Um der internationalen Gemeinschaft beweisen zu können, dass es in Togo eine deutliche Entwicklung zu mehr Demokratie gibt¹², wiegt das aktuelle Regime die Oppositionellen in Sicherheit.

Es ist zu bezweifeln, dass die aktuelle Regierung die Sicherheit für die Bevölkerung und die weniger bekannten Oppositionellen ernsthaft garantieren will oder kann. Schliesslich hat das Regime nicht die Kontrolle über das Militär, von dem es unterstützt wird. Noch viel weniger beherrscht es die paramilitärischen Milizen und die Wach- und Sicherheitsleute privater Gesellschaften.

Als Beweis dafür kann herangezogen werden, dass Togo die Aufklärung unterschiedlicher Missstände herauszögert, die in den bedrückenden Berichten von unterschiedlichen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International angeprangert wurden. So müssten endlich die an den Gewalttaten Schuldigen verfolgt werden.

Auf diese Tatsache werde ich noch im vierten Kapitel meines Berichts eingehen. Zunächst beschäftige ich mich im folgenden Kapitel mit einem nicht weniger bedeutendem Aspekt in der Staatsverwaltung Togos: dem Justizsystem.

4 Das Justizsystem in Togo

Die Gesundheit eines Landes hängt auch besonders von seinem Justizapparat ab, der eine solide Basis darstellen muss. In Togo wird diese Anforderung nicht umgesetzt.

Das Justizsystem in Togo beruht im Grossen und Ganzen auf der französischen Gerichtsbarkeit: die zivile Gerichtsbarkeit besteht aus dem obersten Gerichtshof, aus den Berufungsgerichten und aus den Gerichten der Ersten Instanz. Es gibt einen Militärgerichtshof, der über die von den Sicherheitskräften begangenen Verbrechen

¹¹ Amnesty International, Ligue Togolaise des Droits de l'homme, UNO.

¹² Die Europäische Union, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank nehmen ihre Kooperation mit Togo erst auf, wenn eine Demokratie in dieses Land eingeführt wird.

urteilt. Dieses Gericht verkündet seine Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Was die Strafprozessordnung betrifft, geht das Justizsystem auf das Gewohnheitsrecht und auf den «Code Napoleon» (Bürgerliches Gesetzbuch) zurück, um Zivilsachen und Straftaten zu behandeln. Die Sitzungen sind öffentlich, es gibt Geschworene, und die ordnungsgemässe Vorgehensweise in den Gerichtsverfahren wird in der Regel eingehalten.

Das Fehlen von Informationsvermittlung, Aufklärung und Transparenz sind jedoch noch immer grosse Probleme. In der Tat weiss der durchschnittliche Togoer oder der Togoer aus den ländlichen Gebieten so gut wie nichts über das Justizsystem in Togo.

In den ländlichen Gebieten dürfen die Dorfcheads oder die Seniorenräte über kleinere Straftaten und Zivilsachen urteilen. Diejenigen, die die Zuständigkeit dieser Dorfgerichte nicht anerkennen, können mit ihren Angelegenheiten vor moderne Gerichte in den Städten ziehen.

In Togo existieren keine religiösen Gerichte. Die religiösen Oberhäupter werden von ihrer Gemeinschaft für Scheidungen, Eheschliessungen oder Taufen auf freiwilliger Basis zur Stellungnahme eingeladen.

Dies ist u. a. ein Grund, warum das in anderen afrikanischen Regionen wie im Norden Nigerias oder in islamischen Regionen existierende «Scharia»¹³-Gesetz hier keine Anwendung findet.

Das Verfassungsgericht steht über allen Gerichtssystemen. Es ist der höchste Gerichtshof in verfassungsrechtlichen Angelegenheiten, während der Oberste Gerichtshof die höchste Gerichtsinstanz für Zivilangelegenheiten ist.

Das Verfassungsgericht ist die unter den Togoern bekannteste Gerichtsinstanz.

In der Tat hat der durchschnittliche Togoer mit anderen Gerichtsinstanzen kaum zu tun. Das Verfassungsgericht hingegen spielt eine bedeutende Rolle in allen Wahlprozessen.

Zur Erinnerung: Das Verfassungsgericht ist zuständig für die Streitigkeiten bezüglich der Anmeldeverfahren für die Wahlen, sowie für die Klagen gegen den Wahlverlauf und die Überprüfung der Gesetzmässigkeit der vom Wahlausschuss verkündeten Ergebnisse. Es ist ermächtigt zu prüfen, ob die politischen Entscheidungen verfassungsgemäss sind oder gegebenenfalls als verfassungswidrig erklärt werden müssen. Seine Besonderheit in Togo ist, dass es bis jetzt dem Regime treu geblieben ist und in seinem Dienste agiert.

Zu Zeiten des Einparteiensystems war diese Tatsache nicht besonders wahrnehmbar, denn alle gehörten der einzigen Partei RPT an, zumindest offiziell.

¹³ Die Schari'a, eingedeutscht Scharia ist das religiös legitimierte, unabänderliche Gesetz des Islam. Auch alle Nichtmuslime sollen ihr unterworfen werden. Nur wenige Bereiche, wie der islamische Ritus und grösstenteils das Familienrecht gelten nur für Muslime. Alle Beziehungen des öffentlichen und privaten Lebens müssen im Sinne des religiösen Gesetzes geregelt werden.

Doch trotz der Einführung des Mehrparteiensystems in Togo blieb das Verfassungsgericht, dessen Unparteilichkeit als «heilig» im Verfassungstext festgeschrieben ist, unverändert, was die politische Angehörigkeit ihrer Mitglieder angeht.

In Togo beschäftigt das Verfassungsgericht neun Verfassungsrichter. Laut Verfassung sind sechs vom Parlament und drei vom Staatspräsidenten nach Kriterien der Professionalität, der Glaubwürdigkeit und der Unabhängigkeit zu wählen.

Die Berufenen des aktuellen Verfassungsgerichts wurden vom Parlament gewählt, als das Parlament noch zu 100 % aus Mitgliedern der RPT bestand. So konnte die Exekutive mühelos die Kontrolle über den Justizapparat ausüben, obwohl die Verfassung die Unabhängigkeit der Justiz vorschreibt. «Die Korruption bleibt ein Problem. Die Rechtsanwälte bieten den Richtern oft Schmiergelder an, um die Entscheidungen zu beeinflussen. Eine Reformpolitik des Justizapparats, welche 2005 in Angriff genommen werden sollte, konnte bis zum Jahresende noch nicht annähernd in Bewegung gesetzt werden.»¹⁴

Togo hat drei Vereine von Richtern und Staatsanwälten vorzuweisen: Die Gewerkschaft von Richtern und Staatsanwälten von Togo (die Syndicats des Magistrats du Togo SMT), die Nationale Vereinigung der Richter und Staatsanwälte Association Nationale des Magistrats ANM) und die berufliche Vereinigung der Richter und Staatsanwälte von Togo (Association Professionnelle APMT).

Die Mitglieder des APMT sind meist Anhänger des verstorbenen Präsidenten Eyadema. Die Richter, die für Eyadema sind (APMT), erhalten angesehene Posten, während die Richter von ANM und SMT, welche für die Unabhängigkeit der Justiz kämpfen, zu unbedeutenden Posten berufen werden.

In Lomé z. B. waren die Präsidenten des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts, des Berufungsgerichts und des Gerichts der Ersten Instanz Mitglieder der Pro-Eyadema-Vereinigung APMT.¹⁵

Zu erwähnen bleibt, dass eine wichtige Gerichtsbarkeit fehlt: der Rechnungshof. Die Gründe für die Verzögerung seiner Einrichtung liegen laut Tchessa Abi im Mangel an Ausbildungseinrichtungen, aus denen kompetente und geeignete Richter gewonnen werden könnten.

Es ist also erkennbar, dass Togo noch viel zu leisten hat, um sein Justizsystem glaubwürdig und wirksam zu gestalten. Der Oberste Gerichtshof muss neu und nach Kriterien der Unparteilichkeit und der Kompetenz aufgestellt werden. Der durchschnittliche Togoer muss über das Justiz- und Gerichtssystem seines Landes aufgeklärt werden. Auch das Verhältnis zwischen der modernen Justiz und der traditionellen Gerichtsbarkeit muss geklärt und allen Bürgern Togos vermittelt werden.

Laut Jean Abi Tchessa, dem damaligen Justizminister, in dem Interview, das er der Zeitung «Togoforum» im August 2006 gab, «... ist das Justizsystem von Togo in ei-

¹⁴ Bericht der US-Botschaft über die Menschenrechtslage in Togo, Quelle: <http://french.togo.usembassy.gov/rsdh2005.html>.

¹⁵ Ebd.

nem ziemlich schwierigen, ziemlich erbärmlichen und lückenhaften Zustand und füllt die Normen nicht aus, zu denen unser Land sich bekennt».¹⁶

Togo hat jedoch im Jahr 2005 die Initiative ergriffen, sein Justizsystem zu reformieren. Es hat ein ehrgeiziges Programm der Modernisierung der Justiz aufgenommen, das fünf Jahre dauern und 15 Millionen Euro kosten soll. Es wurde im August 2005 bei einer Tagung sowohl von allen Akteuren der juristischen und der gerichtlichen Welt in Togo als auch von den Partnern für die Entwicklung Togos in Angriff genommen.¹⁷

5 Die Menschenrechtslage in Togo

In Togo fehlt es nicht an Menschenrechtsorganisationen.

Schon im Jahr 1987 wurde unter dem verstorbenen General Eyadema der Nationale Ausschuss für Menschenrechte, der erste in Afrika, unter der Leitung des Ra. Agboyibo eingerichtet. Es folgten weitere Menschenrechtseinrichtungen wie das Ministerium für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, eine höhere Behörde für Hörfunk- und Fernsehwesen sowie für Kommunikation.

Ausserdem hat Togo die wichtigsten Konventionen bezüglich der Menschenrechte unterzeichnet, nämlich die Internationale Konvention für die Bekämpfung von Diskriminierungen aller Art, die Konvention gegen die Diskriminierung von Frauen, den Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den Internationalen Pakt für zivile und politische Rechte, die Konvention gegen Folter und andere Misshandlungen (1987) und die Konvention für die Rechte der Kinder (1990). Diese ganzen Konventionen sind Bestandteil der am 31. Dezember 2002 geänderten Verfassung, die in Artikel 50 besagt, dass «die in der universellen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsinstrumenten verkündeten und von Togo unterzeichneten Rechte und Pflichten Bestandteil dieser Verfassung sind».

Auch die offiziellen Bemühungen seitens der Regierenden sollen der Welt zeigen, dass die Menschenrechtslage in Togo nicht so düster ist, wie viele es behaupten.¹⁸

Der neue Premierminister erklärte im Auftrag des Staatschefs, dass umgehend ein Ausschuss gegründet werden müsse, der die politischen Gewalttaten der letzten 40 Jahre in Togo untersuchen soll. Auf diese Weise sollen «Massnahmen zur Beschwichtigung» der Opfer erarbeitet werden. Der Ausschuss solle mit gesundem Menschenverstand und Scharfsinn arbeiten – mit dem Ziel, Grundlagen für einen fortlaufenden gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen.¹⁹

¹⁶ Siehe: Togoforum Nr. 136 vom 7. August 2007.

¹⁷ Quelle: www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france_830/aide-au-developpement_1060/politique-francaise_3024/instruments-aide_2639/fonds-solidarite-prioritaire-fsp_2640/projets-approuves-2006_16685/projets-approuves-par-pays_16686/togo_16730/appui-au-programme-modernisation-justice-apju_50228.html.

¹⁸ Faure Gnassingbé forderte neulich den neuen Premierminister auf, alles zu tun, damit die Gewalttaten politischer Art geklärt werden und solche Fälle in Zukunft vermieden werden können.

¹⁹ Quelle: www.republicoftogo.com/central.php?o=5&s=1&d=3&i=1409.

Nach wie vor wird jeder seriöse und ehrliche Beobachter schlimme Menschenrechtsverletzungen dieses vierzigjährigen Regimes beanstanden, welches seinen Bürgern jegliche Rechte und Freiheit entzogen hat und sich schwer tut, den alten und verfassungswidrigen Methoden abzuschwören. Diese Methoden stehen im Widerspruch zu den offiziellen Erklärungen der Politiker. Die Menschenrechtsverletzungen in Togo geschehen täglich sowohl im zivilen oder politischen als auch im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich.

Wie sieht die reale Menschenrechtssituation in Togo aus, einige Wochen nach dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2007?

Dieses Thema werde ich anhand verschiedener Aspekte erläutern.

5.1 Zivile Rechte und der Respekt für das Individuum und die menschliche Integrität

Am 10. Dezember 2007, dem Internationalen Tag der Menschenrechte, sitzen immer noch sechs «vorübergehend» festgenommene Personen im Gefängnis von Lomé. Dort befinden sie sich bereits seit 29 Monaten. Ihnen wurde in einer widerwärtigen Kampagne ein Putsch gegen Faure Gnassingbé vorgeworfen. Es geht um Hermes Waomédé da Silveira, Präsident der Bürgerbewegung «Alliance des Patriotes pour l'Unité et l'Action» (Allianz der Patrioten für die Einheit und Aktion), die sich gegenwärtig in Togo etabliert; Tudzi Kossi, Vertreter von U.F.C. in Koussountou (Kpalime); Akakpo Komi, ein in Pension lebender Unteroffizier; Kodjo Kpakpo, Adjudant, Kodjo Folly, Unteroffizier, und Yaovi Amétépe, Gefreiter. Die Anschuldigungen gegen sie wegen «Verstosses gegen die Staatssicherheit» wurden ihnen erst in der Verhörphase mitgeteilt und vom Untersuchungsrichter weder bestätigt noch widerlegt. Und dies seit zwei Jahren.²⁰

Denselben Quellen zufolge sind diese Gefangenen, gegen die man immer noch keinen Hauptanklagepunkt geäußert hat, in schlechter gesundheitlicher Verfassung.

Im Jahr 2006 schien sich die Menschenrechtssituation etwas verbessert zu haben, denn das Regime von Faure Gnassingbé musste der internationalen Gemeinschaft beweisen, dass sich Togo in Sachen Menschenrechte geändert hat. Das Ziel ist eine Wiederaufnahme der Kooperation mit den internationalen Institutionen und Geldgebern, die 1993 aufgrund fehlender Demokratie und Menschenrechte in Togo unterbrochen wurde.

Ganz besonders nachdem das aktuelle Regime sein Ziel²¹ erreicht hat, ist es jedoch wichtig, die Menschenrechtssituation in Togo ebenso minutiös weiter zu beobachten.

Die Regierenden haben übrigens die Existenz politischer Gefangener geleugnet, obwohl viele Anhänger der Opposition nach den Wahlen inhaftiert worden und in das Gefängnis in Kara²² gebracht worden sind.

²⁰ Quelle: www.etiame.com.

²¹ Wiederaufnahme der Kooperation mit verschiedenen Partnern, vor allem mit der Europäischen Union.

²² Gehört zum Revier der RPT.

Amnesty International berichtet, dass viele Dutzend Menschen nach den Wahlen festgenommen worden sind. Die Sicherheitskräfte haben die Gefangenen zu den geheimen Haftzentren unter Kontrolle des Militärs oder der RPT-Milizen gebracht.

Da die Regierung die Existenz politischer Flüchtlinge leugnet, hat sie folglich auch keiner Organisation erlaubt, diese zu besuchen.

Die folgenden Punkte meiner Analyse sind zurückzuführen auf den Bericht der US-amerikanischen Botschaft in Togo²³, auf den Bericht von Amnesty International über die Menschenrechtssituation in Togo²⁴ und natürlich auf den Austausch mit Landsleuten in Togo und in der Diaspora.

5.2 Die Meinungs- und Pressefreiheit

Die Verfassung gewährleistet die Meinungs- und Pressefreiheit. Die Verfassung hat die Schaffung einer Oberen Behörde für Hörfunk, Fernsehen und Kommunikation namens HAAC²⁵ veranlasst. Diese ist beauftragt, über die Pressefreiheit zu wachen, auf die Einhaltung der ethischen Richtlinien zu achten und den privaten Fernseh- und Radiosendern die notwendigen Frequenzen zu gewähren.

Obwohl die HAAC (Haute Autorité de l' Audiovisuel et de la Communication) vom Namen her unabhängig ist, hat sie immer als Instrument der Regierung fungiert. Am 12. Mai 2006 z. B. hat HAAC das tägliche von Radio Nostalgie gesendete Spezialprogramm über den nationalen politischen Dialog für einen Monat unterbrochen. Als Begründung gab HAAC an, dass die Gäste der Sendung am 9. Mai sowohl nationale als auch internationale Persönlichkeiten angegriffen und systematisch bedroht und zugleich die Bevölkerung zum Widerstand aufgefordert hätten. Es ging um die Gäste Alex Konu vom Fernsehsender TV7 und Francis Amuzun vom «Observatoire Togolais des Médias» (Togoisches Medienobservatorium), die den Besuch in Togo von Frau Mai Manga Boucar, Gesandtin von der Wirtschaftlichen Gemeinschaft Westafrikanischer Länder (franz. CEDEAO, engl. ECOWAS, Anm. d. Übers.), als Legitimation der gefälschten Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen im April 2005 interpretierten.²⁶

5.3 Freier Zugang zum Internet

Die Regierung hat den freien Zugang zum Internet nicht eingeschränkt, und es wurde bis jetzt kein Fall von Überwachung von E-Mails durch die Regierung erwähnt. Bis auf abgelegene Gegenden ist der Zugang zum Internet problemlos möglich.

²³ US-Aussenministerium, Quelle: <http://french.togo.usembassy.gov/rsdh2005.html>.

²⁴ Der AI-Bericht wurde auch auf www.diaistode.org publiziert.

²⁵ HAAC steht im Französischen für Haute Autorité de l' Audiovisuel et de la Communication, Anm. d. Übers.

²⁶ US-Aussenministerium, US-amerikanische Botschaft in Lomé, Bericht im Jahr 2006 über die Menschenrechtssituation in Togo, Quelle: <http://french.togo.usembassy.gov/rsdh2005.html>.

5.4 Versammlungsfreiheit

Die Verfassung und das Gesetz erkennen die Versammlungsfreiheit an. Jedoch hat die Regierung in der Praxis dieses Recht nach Belieben eingeschränkt. Dies war vor allem nach den Präsidentschaftswahlen 2005 der Fall.

Ferner dürfen sich die Bürger in Form von Parteien oder Vereinen organisieren. Die Regierung hat in der Regel dieses Recht respektiert. Es gibt eine grosse Anzahl von Nichtregierungsorganisationen. Sie brauchen sich lediglich bei der Regierung einzutragen, welche die Voraussetzungen für die Gründung von Vereinen und Nichtregierungsorganisationen bestimmt. Das Ministerium der territorialen Verwaltung stellt offizielle Gründungsbescheinigungen aus.

5.5 Die Religionsfreiheit

Togo kann als Vorzeigeland gelten, in dem Anhänger verschiedener Religionen miteinander in perfekter Harmonie zusammen leben. Die Verfassung sieht die Religionsfreiheit vor, und die Regierung hält sich in der Praxis daran.

Die Regierung benennt drei grosse Glaubensrichtungen als Staatsreligionen: den Katholizismus, den Protestantismus und den Islam. Andere Religionen wie der Animismus, das Mormonentum und die Zeugen Jehovas müssen sich als Vereine eintragen lassen. Als eingetragene Vereine geniessen sie dieselben Rechte wie die offiziellen Religionen.

In den letzten 16 Jahren hat die Regierung 758 verschiedene religiöse Gruppen offiziell anerkannt. Die Union Musulmane du Togo (die Moslemische Vereinigung von Togo; Anm. d. Übers.) berichtete, dass sich 65 islamische Vereine seit 1991 bei ihr und beim Innenministerium eingetragen haben. Dazu zählen auch islamische entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen und islamische Fernseh- und Radiounternehmen.

5.6 Die Gewährung der politischen Rechte: Das Recht der Bürger auf eine friedliche Veränderung ihrer Regierung

Die Verfassung sieht das Recht der Bürger auf friedliche Veränderungen ihrer Regierung vor. In Togo ist dieses das am häufigsten verletzte Recht. Der Staat und die Regierung mit dem Militär an ihrer Seite sind stark zentralisiert. Die Regierung ernannt politische Verantwortliche und kontrolliert den Haushalt aller Regierungseinheiten auf allen Ebenen, in den Bezirksregierungen und Kommunen und beeinflusst die Wahl der traditionellen Dorfvorsteher.

Das Parlament übt gar keine Kontrolle über die Exekutive aus.

Die politischen Flüchtlinge zögern noch, freiwillig zurückzukehren.

Diejenigen, die zurückgekehrt sind, bleiben sehr wachsam, denn ihre Verfolger geniessen weiterhin absolute Straffreiheit, so wie es seit mehr als 40 Jahren in Togo der Fall ist.

5.7 Das Recht auf Justiz

Das Recht auf Justiz, das in zahlreichen internationalen Texten festgeschrieben ist, ist auch in Togo anerkannt, seine Anwendung ist aber noch sehr problematisch.

In Togo warten immer noch alle Opfer, zu denen Amnesty International Kontakt aufgenommen hat, darauf, dass ihnen Gerechtigkeit gewährt wird. Dutzende von ihnen haben sich entschieden, Klage zu erheben. Dies ist der Fall bei Patrice Afanou, Vater eines sechsjährigen Kindes, das am 26. April 2005 – Tag der Verkündung der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen – in Lomé durch einen Schuss getötet wurde.²⁷

Die Vertreter von Amnesty International, die sich im Juli 2006 in Lomé aufgehalten haben, erwähnen in ihrem Bericht, dass auch Anhänger der Regierungsparteien von bestimmten Milizen der Opposition angegriffen wurden. Dies traf zu im Falle des mittlerweile verstorbenen Richard Attikpoe, dem damaligen RPT-Koordinator der Präsidentschaftswahlen in Baguida, der dann als Minister für die Jugend und Sport in der im September 2006 gebildeten Regierung ernannt wurde. Er wollte keine Klage erheben, weil er Angst vor weiteren Repressalien gegen sich und seine Familie hatte.

Ein anderes Opfer von RPT gab gegenüber Amnesty International an, er würde nicht als Einzelner Klage erheben, sondern gemeinsam mit anderen. Er sei bei demselben Vorfall wie Herr Attikpoe angegriffen worden und hätte dem Koffigoh-Ausschuss²⁸ alles vorgetragen. Seitdem wartet er auf eine Reaktion. Diese Opfer und Mitglieder der RPT sollte eher die Partei RPT entschädigen.

Amnesty International war von der togoischen Behörde, die am 11. Dezember 2006 ein Schreiben an sie gerichtet hatte, enttäuscht. In der Tat sind sich alle Akteure und Kenner der Krisensituation in Togo einig, dass die Straffreiheit eines der grössten Probleme dort bleibt. Trotzdem stellt Amnesty International enttäuscht fest, dass die togoischen Behörden nichts Konkretes unternehmen, um die mutmasslichen Gewalttäter infolge der Präsidentschaftswahlen vom April 2005 gerichtlich zu verfolgen. Ausserdem bedauert Amnesty International, dass die togoische Behörde in ihrer offiziellen Reaktion den Kampf von Amnesty International gegen die Straffreiheit in Togo als «überholt und keiner Aktualität mehr entsprechend zu sehen scheint».

²⁷ Bericht von Amnesty International (AI-Index: AFR 57/002/2007): Titel: «Ich möchte wissen, warum man meinen Sohn getötet hat».

²⁸ Die Commission Koffigoh, franz. Koffigoh-Ausschuss, wurde vom Staat beauftragt, alle Gewalttaten infolge der Präsidentschaftswahlen vom April 2005 einzutragen und dem Staat und anderen Institutionen bekannt zu machen.

5.8 Die Frauenrechte

Die häusliche Gewalt gegen Frauen bleibt ein aktuelles Thema. Das Gesetz verbietet die häusliche Gewalt nicht ausdrücklich. In der Regel mischt sich die Polizei in Fällen von Missbrauch nicht ein, und Frauen sind nicht ausreichend über die offiziellen juristischen Wege zu ihrem Schutz aufgeklärt. Laut einer lokalen Nichtregierungsorganisation im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen werden ca. 6 % der verheirateten Frauen geschlagen.

Die Vergewaltigung wird als Verbrechen bestraft. Jedoch ist die Bestrafung wegen Vergewaltigung durch den Ehepartner vom Gesetz nicht vorgesehen. Trotz des Eifers der Regierung, in Fällen von Vergewaltigungen zu ermitteln und die Täter vor Gericht zu bringen, wird selten über Fälle von Vergewaltigungen berichtet – aufgrund der sozialen Stigmata, die mit einer Vergewaltigung verbunden sind.

Die Verstümmelung der Genitalien wird noch an ca. 12 % der Mädchen angewandt. Die am weitesten verbreitete Form ist die Beschneidung, die in der Regel an kleinen Mädchen durchgeführt wird, wenige Monate nach deren Geburt. Die Mehrzahl der grossen ethnischen Gruppen wenden die weibliche Genitalverstümmelung nicht an. Sie ist illegal, und den Tätern drohen Geldstrafen sowie Gefängnisstrafen von 2 Monaten bis zu 5 Jahren.

Das Gesetz wird selten angewandt, weil die meisten Verstümmelungen der weiblichen Genitalien in ländlichen Gebieten geschehen. Dort verstehen weder die Opfer noch die Polizei das Gesetz. In einigen ethnischen Gemeinschaften ersetzen die örtlichen Sitten das Justizsystem.

Die Politik bleibt ausschliesslich eine Männer-Domäne, obwohl die Frauen kein offizielles Verbot haben, am politischen Prozess teilzunehmen.

Dennoch ist die Teilnahme von Frauen am Demokratisierungsprozess in Togo sehr entscheidend gewesen. Ihre Teilnahme verläuft allerdings meistens informell oder innerhalb von Vereinen und Nichtregierungsorganisationen wie z. B. die GF2D²⁹ von Frau Adjamagbo Djonson. Es gibt unseres Erachtens nach keine Frau, die eine politische Partei leitet oder eine wichtige politische Funktion inne hat, abgesehen von den wenigen Frauen, die ab und zu in einigen Regierungen vorhanden sind.³⁰

Das Ministerium für Bevölkerung, Soziales und Frauenförderung hat mit unabhängigen Frauenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen im Jahr 2007 ihre Kampagne aktiv weitergeführt, um Frauen über ihre Rechte aufzuklären.

²⁹ Groupe de réflexion et d'action des Femmes, Démocratie et Développement (Reflexions- und Aktionsgruppe von Frauen für Demokratie und Entwicklung.

³⁰ In der aktuellen Regierung von 22 Ministern gibt es 2 Frauen.

6 Quellenangaben

- Togoforum Nr. 575 vom 6. November 2006.
- Togoforum Nr. 136 vom 7. August 2007.
- Comi Toulabour, «Togo, les forces armées togolaises et le dispositif sécuritaire», Quelle: www.letogolais.com/article.html?nid=2370.
- www.infostogo.de.
- USA, State Departement, US-amerikanische Botschaft in Lomé, Bericht 2006 über die Menschenrechtslage in Togo, Quelle: <http://french.togo.usembassy.gov/rsdh2005.html>.
- Haut Commissariat des Nations Unies pour les Réfugiés (UNHCR), internationaler Bericht 2007 über die Religionsfreiheit, Quelle: www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/refworld/rwmain?page=country&docid=46ee676bc&skip=&coi=TGO.
- USA, State Departement, US-amerikanische Botschaft in Lomé, Bericht 2006 über die Menschenrechtslage in Togo, Quelle: <http://french.togo.usembassy.gov/rsdh2005.html>.
- USA, State Departement, US-amerikanische Botschaft in Lomé, Bericht 2005 über die Religionsfreiheit in Togo, Quelle: <http://french.togo.usembassy.gov/rsdh2005.html>.
- USA, State Departement, US-amerikanische Botschaft in Lomé, Bericht 2007 über die Menschenrechtslage in Togo, am 11. März 2008 veröffentlicht, Quelle: www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2007/100509.htm.
- Frankreich, Aussenministerium: «Togo, Appui au Programme de Modernisation de la Justice (APJU)», Quelle: www.diplomatie.gouv.fr/fr/actions-france_830/aide-audeveloppement_1060/politique-francaise_3024/instruments-aide_2639/fonds-solidarite%20prioritaire-fsp_2640/projets-approuves-2006_16685/projets-approuves-parpays_16686/togo_16730/appui-au-programme-modernisation-justiceapju_50228.html.
- www.republicoftogo.com.
- www.etiame.com.
- Amnesty International, Bericht 2007 (AI Index: AFR 57/002/2007), Titel: «Togo: je veux savoir pourquoi on a tué mon fils», Quelle: www.diaistode.org/Droits/ai_57_002_2007.html.
- Jeune Afrique, Les guides Eco finances, Le Togo: www.jeuneafrique.com.

- Französische Botschaft in Benin, Wirtschaftliche Mission:
www.missioneco.org/benin/.
- www.ufctogo.com.

7 Weiterführende Quellen

- Central Intelligence Agency (CIA), the World Fact Book, Togo, Quelle:
<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/to.html>.
- Border and Immigration Agency , Informationen über Herkunftsländer, Togo;
veröffentlicht am 05 Februar 2008, Quelle:
www.ecoi.net/file_upload/1329_1203410657_242-1202293835-key-documents-togo-050208.pdf.
- Dégli, Jean Yaovi: «Togo: à quand l'alternance politique?» – Paris, L'Harmattan, 2007.
- Jean Yaovi Degli, Togo: La tragédie africaine. Les espoirs déçus d'un peuple, Éditions Nouvelles du Sud, Ivry-sur-Seine, 1996.
- Amnesty International, Togo: Rule of Terror, Quelle:
www.amnesty.org/en/library/info/AFR57/001/1999.